

Die Debatte über das Sozialistengesetz.

Die diesmaligen Reichstagsverhandlungen über das Sozialistengesetz und die Verlängerung der Gültigkeitsdauer desselben sind von den verwandten Verhandlungen früherer Jahre in mehrfacher Rücksicht verschieden gewesen. An den herkömmlichen Ausführungen über die Verwerflichkeit aller Ausnahmegeetze und über die angebliche Wirkungslosigkeit der seit dem Oktober des Jahres 1878 ergriffenen Repressionsmaßregeln hat man es von sozialdemokratischer und fortschrittlicher Seite freilich ebensowenig fehlen lassen, wie an Beschwerden über die Handhabung des Gesetzes. Dafür zeichneten sich die von den Vertretern der Sozialdemokratie unternommenen Versuche, ihre Partei als Gegnerin des Anarchismus und aller gewaltsam-revolutionären Bestrebungen hinzustellen, durch eine früher nicht für notwendig gehaltene Entschiedenheit und Absichtlichkeit aus. Neu waren außerdem die Vorschläge, mit denen die Centrumspartei hervortrat. Es wurde von dieser Seite die Frage aufgeworfen, ob es nicht möglich sein werde, Abänderungen des gemeinen Rechts vorzunehmen, welche gegen sozialdemokratische Ausschreitungen die gehörige Sicherheit zu bieten und das Sozialistengesetz entbehrlich zu machen vermöchten. Sachlich dürfte durch diese veränderte Art der Sachbehandlung kaum etwas gewonnen worden sein. Ob die Centrumspartei in der Lage ist, Vorschläge zur Lösung einer bisher für unlösbar gehaltenen Aufgabe zu machen, werden die bevorstehenden Kommissionsverhandlungen zeigen, — Ausichten darauf haben die am 20. und 21. März dieses Jahres gehaltenen Neben ebensowenig geboten, wie diejenigen früherer Jahre. — Für die von den sozialdemokratischen Führern beliebten Bewahrungen gegen jeden Zusammenhang zwischen ihren und den anarchistischen Bestrebungen dürften vornehmlich zwei Erwägungen maßgebend gewesen: einmal die Rücksicht darauf, daß die in den Nachbarländern vorgekommenen zahlreichen verbrecherischen Ausschreitungen der extremen sozialdemokratischen Parteien eine Abschwächung der in Deutschland ergriffenen Schutzmaßregeln an und für sich wenig angezeigt erscheinen lassen, und zweitens der Umstand, daß die sozialreformatorischen Bestrebungen der verbündeten Regierungen einer großen Zahl deutscher Arbeiter die Rathsamkeit gewaltsamer Auslehnung gegen die bestehende Ordnung zweifelhaft gemacht haben. Bedeutet die von fortschrittlicher Seite immer wieder erhobene Anklage auf »Staatssozialismus« doch in Wahrheit nur eine indirekte Bestätigung der auch im Auslande vielfach zur Anerkennung gelangten Thatsache, daß die bei uns in Angriff genommene Sozialreform aussichtsvoller ist, als irgend eine andere, von welcher die Zeitgeschichte weiß.

Für aufmerksame Leser der geführten Verhandlungen wird es eines Erweises dafür nicht bedürfen, daß die Ausführungen über die Friedlichkeit und Gesetzlichkeit der sozialdemokratischen Bestrebungen ebensowenig überzeugend zu wirken vermochten, wie die fortschrittlichen Auseinandersetzungen darüber, daß das geltende gemeine Recht zur Bekämpfung der gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie ausreiche. Worauf es seitens dieser Partei eigentlich abgesehen ist, hat der Minister von Puttkamer an der Hand des Bebel'schen Buches schlagend nachgewiesen und diesen Nachweis so eingerichtet, daß die Einwendung, es seien einzelne Stellen jener Schrift zusammenhangslos und darum mißverständlich wiedergegeben worden, schlechterdings nichts versing. Säge, wie diejenigen, welche Herrn Bebel's Anschauungen über die künftige Einrichtung des Staates, der Arbeitsvertheilung, des Verhältnisses zwischen den beiden Geschlechtern u. s. w. zum Ausdruck bringen, haben überhaupt nur einen Sinn und sind gegen Mißverständnisse ein für alle Male geschützt — dessen zu geschweigen, daß es überhaupt keine sozialdemokratische Bekenntnisschrift giebt, von welcher die An-

hänger nicht behaupteten, sie werde falsch aufgefaßt, wenn man sich an ihren Wortlaut und an die sonst mit Worten verbundenen Vorstellungen halte. — Gegenüber der fortschrittlichen Behauptung aber, daß der sozialistischen Gefahr am Besten und Wirksamsten auf dem Boden des gemeinen Rechts begegnet werde, genügt die Erinnerung an die Zustände, welche zur Zeit der Wirksamkeit von 55 sozialdemokratischen Parteiblättern, einer in 35 000 Exemplaren vertriebenen illustrierten sozialdemokratischen Wochenschrift, der Begründung sozialistischer Mädchen-, Frauen- und Gesangsvereine und einer Anzahl in den Dienst der Partei gestellten Herbergen und Wirthschaften obwalteten, — der Zeiten, in denen es möglich war, an die Begründung sozialdemokratischer Theater zu denken und die Behauptung aufzustellen, daß es nur noch sozialdemokratischer Volksschulen bedürfe, damit die Anhänger der Partei von den übrigen Deutschen vollständig abgesperrt und damit die »ganzen Menschen« von der Sozialdemokratie in Beschlag genommen seien! Wenn man sich fortschrittlicherseits vermißt, gegen diese Gefahren nach Wiederaufhebung des Sozialistengesetzes erfolgreich ankämpfen zu können, so hat man offenbar vergessen, daß es zu jener Zeit im Ruße besonderer Fortschrittlichkeit stehende deutsche Städte gab, in denen fortschrittliche Volksversammlungen unmöglich geworden waren.

Wo die Erinnerung an diese Zeiten einigermaßen lebendig ist, wird man sich von der Beschaffenheit gemeinrechtlicher Vorschriften, welche einer Wiederkehr derselben vorzubeugen vermöchten, schwerlich eine Vorstellung zu machen vermögen. Es werden vielmehr die Ausführungen des Reichskanzlers über die Unentbehrlichkeit vorbeugender (»prophylaktischer«) Maßregeln überall da Zustimmung finden, wo man die wirkliche Lage der Dinge ins Auge faßt. Entweder muß der Sozialdemokratie mit demselben Maße gemessen werden, wie den übrigen Parteien, oder diese letzteren müssen sich die Beschränkungen gefallen lassen, welche die Sozialdemokratie nicht nur wegen der Ziele, sondern vornehmlich wegen der Methode ihrer Agitation zur Zeit unentbehrlich gemacht hat. Thatsächlich käme nur die erstere Eventualität, d. h. die einfache Beseitigung des Sozialistengesetzes, in Frage, denn zu einer Unterwerfung unter die zur Bekämpfung der Sozialdemokratie notwendig gewordenen Beschränkungen wird keine Partei und am wenigsten diejenige die Hand bieten, aus deren Mitte der Vorschlag auf Ueberweisung des Gesetzentwurfs an eine Kommission hervorgegangen ist. Diese Kommission wird genau vor dieselbe Entscheidung gestellt sein, vor welcher das Plenum bereits gestanden hat: entweder Bervollständigung der Sozialreform durch Verlängerung der Geltungsdauer des Sozialistengesetzes oder Ablehnung dieses letzteren auf die Gefahr hin, daß die friedliche Reform durch Versuche zu gewaltsamer Selbsthülfe lahm gelegt werde! Daß die beschlossene »dilatatorische Behandlung« von sachlichem Einfluß sein werde, läßt sich ebensowenig annehmen, wie daß dieselbe durch sachliche Gründe veranlaßt worden.

Rede des Reichskanzlers Fürsten Bismarck

bei der ersten Berathung des Reichstags über den Gesetzentwurf, betreffend die Verlängerung der Gültigkeitsdauer des Sozialistengesetzes,
am 20. März.

(Nach dem Abgeordneten Dr. Windthorst.)

(Die kirchliche Gesetzgebung und die sozialdemokratische Bewegung.) Es lag nicht in meiner Absicht, nach dem erschöpfenden Vortrage, den mein Kollege zur Rechten (Minister von Puttkamer) über die Sache gehalten hat, überhaupt das Wort zu nehmen; ich bin nur dazu veranlaßt durch einige Bemerkungen, in denen meine Thätigkeit und meine Aeußerungen berührt worden sind, und namentlich durch

den Appell, den der verehrte Herr Vorredner in diesem Augenblick an mich gerichtet hat in Bezug auf den Vorschub, den seiner Meinung nach die preussische Gesetzgebung der Sozialdemokratie so, wie sie Herr von Puttkamer Ihnen geschildert hat, leistet. Ich möchte ihm da die Frage stellen, ob er mit der kirchlichen Gesetzgebung in Oesterreich seinerseits auch unzufrieden ist, ob da dieselben Ursachen obwalten, und ob sie auch dort als Erklärung für die bedauerlichen Verbrechen, die in neuester Zeit zum Durchbruch gekommen sind, gelten können. Ich habe mich bisher immer gefragt, und es ist ja als Maßstab für mich auch wünschenswerth und nothwendig, das zu wissen —, ob es richtig ist, daß, wenn die katholische Kirche in Preußen so gestellt wäre, wie in Oesterreich, Sie (zum Centrum) ganz zufrieden sein würden. — (Rufe im Centrum: Nein!) — Also auch dann noch nicht?

Welches sind nun die Gründe, weshalb die Sicherheit, die Fortschritte zur rechten Ordnung, die bei uns vermisst werden, und deren Abwesenheit, deren Nichtvorhandensein der Herr Vorredner zum Theil wenigstens mit unserer kirchlichen Gesetzgebung in Verbindung bringt, dort in Oesterreich auch etwas viel zu wünschen lassen? Ich möchte der Ueberschätzung entgegenreten, die ich bei manchen Katholiken gefunden habe, daß nämlich gerade ihr Glaube stärker gegen die sozialdemokratischen Verirrungen wäre, daß er ein sicherer, festerer Schild dagegen wäre als andere christliche Konfessionen. Gehen Sie die Geschichte der Völker durch, und Sie finden die eigenthümliche Erscheinung, daß gerade vorzugsweise die Katholiken sich durch ihre innere Einigkeit, durch innere Ordnung und inneren Frieden nicht auszeichnen haben. Nehmen Sie die Polen, nehmen Sie die Irländer, nehmen Sie die romanischen Völker, das allerchristlichste Frankreich: sie sind durch innere Streitigkeiten zerrissen worden. Die italienischen Zustände werden auch dem katholischen Bedürfnis nicht vollständig genügen. Die katholischen Republiken von Südamerika bieten nicht dasselbe Bild eines geordneten und regelmäßigen Friedens wie die nordamerikanischen Freistaaten; in England sind die Verhältnisse viel günstiger als in Irland, und die bisher fast ausschließlich evangelischen Staaten wie Holland, Dänemark und Schweden lassen in Bezug auf ihren sozialen Frieden kaum etwas zu wünschen übrig. Ich will keine Polemik beginnen, keinen Streit darüber, welche Form unseres Bekenntnisses zu Gott die richtigere und wirksamere auf diesem Felde sein wird; ich will nur gewissermaßen in der Abwehr auf diese Seite der Sache hinweisen, in der Abwehr gegen die Vorwürfe, als ob ich Mittel, die anderweit zur Sicherheit des ruhigen und friedlichen Bürgers getroffen wären, bei uns hinderte, angewandt zu werden. Ich habe auf diesem Gebiete überhaupt keine so subjektive, vorgefaßte Meinung, daß ich darüber nicht der Diskussion zugänglich wäre, aber man muß doch die Thatsachen prüfen. Ich habe bei den katholischen Ländern Spanien nicht erwähnt; Sie werden aber auch da finden, daß die Erscheinung der sogenannten »schwarzen Hand«, die den russischen Nihilisten und unseren Sozialdemokraten der nicht parlamentarischen Art am ähnlichsten ist, auch dort durch den großen Einfluß der Priesterschaft nicht hat gehindert werden können. Ich glaube also nicht, daß wir auf diesem Gebiet allein die Mittel zu suchen haben, um den Uebeln, mit denen wir kämpfen, entgegenzutreten, und ich glaube überhaupt nicht, daß es Mittel giebt, die sehr rasch und schnell wirken.

(Begründung der zweijährigen Verlängerung des Sozialistengesetzes.) Wenn hier mehrfach von dem ersten Redner und auch wieder von dem Herrn Abgeordneten Windthorst darauf Gewicht gelegt ist, daß wir nur eine zweijährige Verlängerung gefordert hätten, und daraus der Schluß gezogen worden ist, als hofften wir in zwei Jahren merklich vorwärts zu kommen mit der Heilung der Krankheit, so erlaube ich mir doch die Aufmerksamkeit des Reichstages darauf zu verweisen, daß diese Fristbestimmung überhaupt von Hause aus gar nichts mit dem Gedanken zu thun hat, als ließe sich in einer abschbaren Zeit diese außerordentlich schwierige und großartige Aufgabe lösen, sondern daß sie lediglich dem Ausdruck des Mißtrauens der Majorität des Reichstages zu der Art, wie die Regierung ihre Vollmachten benutzen werde, zu danken ist. Sie haben alle paar Jahre sich überzeugen wollen, ob auch nicht von der Schärfe des Einschreitens gegen die Sozialdemokratie irgend ein ätzender Tropfen auf die Fortschrittspartei oder sonst wo absprizen könnte. Sie haben uns auf 2 Jahre limitirt, um uns kontrolliren zu können; einen anderen Grund hat es gar nicht, und wenn ich diesen 2 Jahren zugestimmt habe, so ist es in der Ueberzeugung geschehen, die mein Kollege Herr von Puttkamer auch aussprach, daß manchem die Zustimmung dadurch erleichtert werden würde, daß er nach 2 Jahren sich wieder überzeugen kann, ob die Regierung sich den Instruktionen und der Vollmacht, die sie durch das Gesetz erhalten hat, entsprechend verhält oder nicht. Daß wir in 2 Jahren etwas erreichen könnten, habe ich nicht entfernt gedacht. Ich berufe mich darauf — ich glaube, es war die Schlussäußerung in der Session im Oktober 1879 — daß ich schon damals mich für 2½ Jahre ausgesprochen und hinzugefügt habe, Niemand könne glauben, daß wir uns mit der Hoffnung schmeickelten, in dieser kurzen Frist etwas zur Heilung des Uebels zu thun. Die positiven Bestrebungen, auf dem Wege der Reform den Agitationen

einen Theil ihres Bodens zu entziehen — den ganzen ihnen zu entziehen, das lassen wir uns nicht träumen, die Hoffnung haben wir nicht, aber doch die, das Uebel zu vermindern —, die positiven Bestrebungen haben eigentlich erst im Jahre 1881 oder 1880 — ich weiß es nicht genau — begonnen mit der damaligen Kaiserlichen Botschaft, die mir hier vorliegt, wo Se. Majestät gesagt hat:

Schon im Februar dieses Jahres haben Wir Unsere Ueberzeugung aussprechen lassen, daß die Heilung der sozialen Schäden nicht ausschließlich im Wege der Repression sozialdemokratischer Ausschreitungen, sondern gleichmäßig auf dem der positiven Förderung des Wohles der Arbeiter zu suchen sein werde.

Also schon 1881 wird von der Sache gesprochen als von etwas Zukünftigen, was erst kommen wird.

In Bezug hierauf wird zunächst von den verbündeten Regierungen das Versicherungsgesetz gegen die Unfälle vorgelegt.

Und dann heißt es weiter:

Aber auch Diejenigen, welche durch Alter oder Invalidität erwerbsunfähig werden, haben der Gesamtheit gegenüber einen begründeten Anspruch auf ein höheres Maß staatlicher Fürsorge, als ihnen bisher hat zu Theil werden können.

Sie sehen, daß dort von der Anwendung der Mittel, von denen wir uns eine Besserung versprechen, doch nur als von etwas Zukünftigen, Langsamem gesprochen ist, und daß wir weit entfernt sind von so sanguinischen und optimistischen Hoffnungen, als könnten wir mit einem so tiefgreifenden Krankheitszustand in so kurzer Zeit fertig werden.

(Nothwendigkeit von Schutzmaßnahmen gegen die sozialdemokratische Bewegung.) Wenn ich den Herrn Abg. Windthorst richtig verstanden habe, so hat er die Regierung getadelt darüber, daß sie mit ihren Bestrebungen das sozialistische Gebiet beträte, den sozialistischen Zielen ziemlich nahe träte. Ich bin zweifelhaft gewesen, ob ich nach der sonstigen Stellung des Herrn Abg. Windthorst diese Kritik, daß wir im Sozialismus zu weit gehen, auf unsere Reformvorlagen beziehen muß. Beim Abg. Bebel bin ich nicht im Zweifel. Er hat mich willkommen geheissen in dem ihm vertrauten Element und gesagt, auf dem Gebiete würde ich der Lehrling sein und er der Meister. Nun, ich fürchte, dieser Meister wird an seinem Lehrling nicht viel Freude erleben. Ich möchte auch den Herrn Abgeordneten bitten, zu überlegen, daß, wenn ich mich auf dem Wege der Gesetzgebung bemühen will, Uebel zu bekämpfen, ich den Trägern dieser Uebel in irgend einer Form näher treten muß, und daß meine Pflicht immer bleibt, zu untersuchen, ob ich einen Theil der Beschwerden, die der Krankheit zu Grunde liegen, für gerecht halte, ob ich ihm abhelfen kann, und inwiefern. In diesem Sinne bin ich jedem Gegner nahe getreten, in diesem Sinne bin ich nicht bloß den Sozialisten, sondern auch der Fortschrittspartei, ja selbst den ausländischen Gegnern nahe getreten unter Umständen, wie man einer Krankheit nahe tritt, um zu sehen, wie man sie heilen kann. Der Abg. Bebel hat überhaupt kein Recht, mein ziemlich bewegtes politisches Leben in der Weise durchzugehen, als ob ich einmal dies und dann wieder sehr viel anderes gewollt hätte. Ich habe schon öfter erklärt, daß ich in jeder Periode meines Lebens das gewollt und erstrebt habe, was ich für das Vaterland und den Herrn, dem ich diene, am nützlichsten hielt. Es war nicht in jeder Periode dasselbe. Ich habe nicht in jeder Periode für Alles Zeit gehabt. Es ist unmöglich, dafür die Gründe auseinanderzusetzen, sie sind mit unserer hohen — auswärtigen will ich sagen — Politik eng verknüpft. Ich habe bis zu den Jahren 1876 und 1877 überhaupt nicht Zeit gehabt, mich um andere Angelegenheiten sehr viel zu kümmern, sondern bin genöthigt gewesen, dieselben in den Händen Derer zu lassen, denen sie anvertraut waren. Sie werden mir zugeben, daß in den meisten Ländern, in den meisten Staatswesen großer Nationen, und namentlich in solchen, die in der Mitte von Europa liegen und die Koalitionen und Angriffen anderer, wie die Geschichte nachweist, mehr ausgesetzt sind als jede andere, die Last der auswärtigen Angelegenheiten allein ausreicht, um die Thätigkeit eines Mannes vollständig zu absorbiren, und daß für die inneren Angelegenheiten so sehr viel Zeit nicht übrig bleibt. Daher habe ich auch in Bezug auf die inneren Angelegenheiten, soweit ich für sie Zeit hatte, doch nicht viel mit dem Prüfen der Fehler, die etwa in unserem sozialen und wirtschaftlichen Wesen versteckt sein konnten, befassen können. Es sind stets die nothwendigsten Neubildungen gewesen, mit denen ich mich befassen mußte. Kurz, ich bin erst seit sieben Jahren ungefähr zu der Mühe von anderen mir wichtiger scheinenden Geschäften gelangt, daß ich überhaupt in unsere wirtschaftlichen Fragen mich hineinarbeiten konnte. Sie werden mir die Anerkennung nicht versagen, daß ich, seitdem ich erklärt habe, Zeit dazu zu haben, ununterbrochen mit der Verbesserung der wirtschaftlichen Zustände in irgend einer Richtung mich beschäftigt habe. Die erste Nothigung in dieser Beziehung hat für mich einerseits in den Gefahren gelegen, mit welchen 1878 die agitatorische Aufregung, die sich der Sozialdemokratie bemächtigt hatte, unsere Ruhe bedrohte, andererseits in den Verbrechen, die gegen das geheiligte Haupt Sr. Majestät des Königs begangen wurden und die

den ursprünglichen Ausgangspunkt der Gesetzgebung bilden, die uns heute beschäftigt, die heute noch besteht. Sind die Herren überzeugt, haben Sie die volle Sicherheit, daß dergleichen sich nicht wiederholen werde, nun, dann werden Sie auch mit gutem Gewissen gegen die Verlängerung dieses mäßigen Schutzes sich aussprechen und gegen die Wiederkehr solcher Erscheinungen diesen geringen Schild wegwerfen. Aber Sie werden sich auch darüber nicht täuschen können, daß Sie damit eine erhebliche Verantwortlichkeit auf sich nehmen, die vielleicht durch den Erfolg nicht gerechtfertigt sein könnte. Dies kann um so mehr sein, als wir bisher, Dank der Politik Sr. Majestät, uns in friedlichen und ruhigen Verhältnissen bewegen; nehmen Sie an, daß statt dessen Kriegsgefahren, Gefahren innerer Unruhen, kurz und gut Arbeitslosigkeit und Brotlosigkeit bei uns auftreten — Gefahren, denen wir in der Zeit der Blutarmuth, der Anämie, im Jahre 1877 ziemlich nahe waren, und die ich zwar für einen glücklich überwundenen Standpunkt für den Augenblick ansehen darf, die aber wiederkehren können — nehmen Sie an, daß Arbeitslosigkeit eintritt, und daß zu den wenigen wirklichen Beschwerden viele Gründe des Hungers und Mangels an Arbeit treten, — sind Sie ganz gewiß, daß die Regierung, die dann am Ruder sein wird, die Zügel, die Sie ihr jetzt aus der Hand nehmen, wieder zu ergreifen und Widerstand zu leisten im Stande sein wird? Ich weiß es nicht, ich schiebe die Verantwortung dafür Denjenigen zu, welche die Zügel zwischen die Pferde werfen, — sie werden inzwischen ruhig laufen, warten wir es ab. Der Herr Vorredner hat es noch nicht an der Zeit gefunden, der Sache jetzt näher zu treten; er will Zeit gewinnen, — zur Ueberlegung, denke ich mir — durch eine Verweisung der Sache in eine Kommission, und er sagt: durch die bloße Androhung von Gewaltthaten, wie sie in einem Buche stehe, werde sein Herz noch nicht gerührt, — er muß Blut sehen. Ich finde darin die Theorie des preussischen Landrechts von der Nothwehr einigermaßen reproduziert. Nach dem preussischen Landrecht, so viel ich mich erinnere, war man eigentlich zur Abwehr eines Angriffs erst dann berechtigt, wenn es zu spät war, wenigstens wenn man wehrlos war; man konnte wegen der Ungleichheit der Abwehrwaffen, deren man sich auf Angriffe bediente, in die größte Unannehmlichkeit gerathen. Ich habe einen unschuldigen Menschen in Ermangelung anderer Räume im Zuchthause gesehen, lediglich, weil er bei nächtlichem Einbruch in die Kammer des Herrn den Ladestock in die Brust gerannt dem, der im Dunkeln mit dem Messer einbrach. Man hatte den Mann nachher wegen Ueberschreitung der Nothwehr auf ein Jahr ins Zuchthaus gesteckt. Der Herr Abg. Windthorst wird ja seine juristischen Gründe haben, aber ich bin so weit nicht Jurist, daß ich mich darauf einlasse. Ich halte doch da, wo es sich um so große Gegenstände und so große Interessen handelt, wie dies der innere Friede der gesammten deutschen Nation ist, prophylaktische Einrichtungen, wenn sie so wohlfeil sind wie die jetzt vorliegenden, wenn ein so mäßiger und bescheidener Gebrauch davon gemacht wird, für nothwendig und will nicht abwarten, daß die Sache größere Dimensionen annimmt. Der Herr Abg. Windthorst hat sich dabei der Wahrnehmung nicht verschlossen, daß die Gefahr im Vergleich mit früher eigentlich zugenommen hat; er hat gesagt — er führte verschiedene Beispiele an, Hamburg, Meiningen, ich weiß nicht, ob noch andere —, es sei ein zunehmendes Wachsthum der Sozialdemokratie bemerkbar; aber wenn er damit die Besorgniß Anderer hat anregen wollen, so scheint doch die seinige nicht wach zu sein diesem Gedanken gegenüber. Er hat mehr Muth als wir Anderen, er sieht die Gefahr kommen, er sieht die Sozialdemokratie wachsen, er fürchtet sich aber nicht, er will abwarten, bis sie Feuer giebt, möglicherweise mit Dynamit oder Petroleum, und dann erst einschreiten. Ich halte das doch mit meinem Gefühl von Gewissenhaftigkeit und Unparteilichkeit nicht verträglich, und ich möchte die Herren dringend bitten, die Sache einfach zu machen und ihr nicht in dem Maße die Wichtigkeit beizulegen, die sie von Seiten der Gegner erfährt. Dem Staate geschieht kein erheblicher Schaden. Wenn nun trotz dieses Gesetzes die Zahl der Sozialdemokraten wächst, wenn die Organisation vorsichtiger geworden ist, wenn, wie der Herr Abgeordnete Bebel anzunehmen schien, eigentlich unter der Regide dieses Gesetzes eine Art Eldorado für die sozialdemokratischen Bestrebungen eingetreten ist, die nirgend besser prosperiren, als in dem Treibhaus dieses Spezialgesetzes, dann sollte er doch zufrieden sein, dann, hoffe ich, stimmt er selbst dafür, damit die Vortheile der Sozialdemokratie nicht verloren gehen; hoffentlich thut er es; wenn er es nicht thut, so kann ich sein Verhalten mit seiner Rede nicht vereinigen.

(Das Wachsthum der Sozialdemokratie eine Folge der regierungsfeindlichen fortschrittlichen Agitation.) Wenn die Sozialdemokratie trotz der, ich will nicht sagen Lähmung, aber Abschwächung ihrer Agitation, die sie erleidet unter der Regie dieses Gesetzes, dennoch fortwährend sich im Wachsthum befunden hat, wenn die Zahl der Unzufriedenen sich mehrt, so liegt das nicht in der Wirkung des Gesetzes, sondern daran, daß der Sozialdemokratie noch die Agitationsbestrebungen anderer Parteien zur

Seite stehen, die fortschrittliche Agitation gegen die Regierung, die Verdächtigung der Regierung in der fortschrittlichen Presse, die Verächtlichmachung der Regierung, wodurch Mißtrauen gegen die Regierung, ja selbst gegen die Intentionen Sr. Majestät, wie sie in der Botschaft ausgesprochen sind, wachgerufen wird. Das Alles muß die Zahl der Unzufriedenen vermehren, die Zahl Derjenigen, die von dieser Regierung nichts erwarten, zu ihr kein Vertrauen haben und zum Kaiser nicht. Ohne das Vertrauen aber bei den Arbeitern zu wecken, ist es unmöglich, daß wir mit unseren Reformbestrebungen etwas bei ihnen ausrichten. Wenn der sozialistisch angehauchte Arbeiter in seiner eigenen Zeitung — es ist vielleicht eine fortschrittliche Zeitung oder eine andere, es braucht nicht eine sozialistische zu sein — liest, was die verbündeten Regierungen, nicht bloß die sogenannte Reichsregierung und die Regierung Sr. Majestät des Kaisers und Königs, für üble Menschen sind, was sie für schmutzige Nebenzwecke haben bei der Politik, die sie verfolgen, was für unredliche und der Freiheit wie der Verfassung gefährliche Leute sie sind, so muß er uns doch für eine Sammlung der elendesten Bösewichte halten, die sich zufällig der Unterschrift des Kaisers bemächtigt haben, und die zu beseitigen das Recht jedes ehrlichen Bürgers ist. Wenn ein Arbeiter, dessen Bildungsgrad ihn nicht in den Stand setzt, die gesammten Verhältnisse unseres Vaterlandes zu übersehen, hört, daß in Wahlreden Herren, die die Zierde der Wissenschaft sind, aber in der Politik bisher etwas dem Lande Nützliches nicht ausgerichtet haben, Herren von hoher Bildung und angesehenem Namen, von den Trägern der Staatsgewalt, von der Regierung mit einer Geringschätzung sprechen und mit einer nachtheiligen Beurtheilung — wie soll der Arbeiter da nicht denken: Mein Gott, was sollst du von denen erwarten, die treiben, um mit dem Organ des Herrn Abgeordneten Richter zu sprechen, »Schnapspolitik«, das heißt, die Brennereien und die theueren Schnapspreise: — das sind die eigentlichen Zwecke, die der Reichskanzler verfolgt. Wenn solche Worte in die Masse geworfen werden — wo soll das Vertrauen herkommen, dessen die Massen bedürfen, um der Regierung zu folgen? Die fortschrittlichen Bestrebungen untergraben das Vertrauen zur Regierung und sind die wichtigsten Vorarbeiter zur Verbreitung der Sozialdemokratie, und der fortschrittlichen Presse schreibe ich den numerischen Zuwachs, den die Sozialdemokratie erhalten hat unter der Wirkung dieses Gesetzes, zu. Die Leute müssen ja mit Haß und Verachtung gegen die Regierung erfüllt werden, wenn sie diese ungerechten und verlogenen Deklamationen hören und lesen. Ich könnte dem Wort »Schnapspolitik« des Herrn Abgeordneten, dem es zugeschrieben wird, ganz ähnliche Worte und Begriffe gegenüberstellen. Wenn diejenigen Herren, die von der Presse vorzugsweise leben und die im Pressgewerbe ihr Einkommen und ihre Nahrung finden, vorzugsweise bemüht gewesen sind, unsere Pressgesetzgebung so zu gestalten, daß das Pressgewerbe möglichst einträglich geworden ist und sie wenig genirt werden, — wenn sie das mit Erfolg erreicht haben, — ist es da unsereinem eingefallen, von Pressbengelpolitik zu sprechen? Wäre das nicht ebenso berechtigt gewesen, wie die freche Beleidigung, die in dem Worte »Schnapspolitik« liegt?

Meine Herren, der Herr Abg. Windthorst will erst einschreiten, wenn zur That geschritten ist, aber Derjenige, der zur That verführt, der die Unzufriedenheit dahin treibt, indem er durch Versprechungen nothleidende Leute aufmuntert, sich selbst zu helfen und, wenn sie endlich dazu gebracht sind, dann nicht da, sondern irgend wo anders ist und ruhig wartet, daß die Saat aufgeht, die er gefäet hat, — der fortschrittliche Abgeordnete — um Gotteswillen! kein Abgeordneter, der fortschrittliche Zeitungsschreiber will ich sagen; das wird nie ein Abgeordneter thun — der seinerseits die Absichten der Regierung als egoistisch, als Unsinn, als freiheitsfeindlich darstellt, der in Wahlreden — natürlich wird er nicht gewählt, denn es soll ja von keinem jetzigen Abgeordneten gesagt werden — der Wahrheit ins Gesicht schlägt und von Dingen erzählt, die er besser weiß, und der nachher, wenn man ihn wegen Injurien belangt, sagt, so hätte er es nicht gemeint, — der trägt eben so gut zur Vergiftung des gemeinen Mannes bei wie der Herr Abg. Bebel, dessen Werk eben verlesen ist. Sie sind bloß weniger faßbar, und ich klage vor Deutschland die Fortschrittspartei an, daß sie in ihren Reden, Pressorganen und Verdächtigungen gegen die Regierung die Unzufriedenheit im Lande nährt und schürt. (Lachen links.) Lachen kann ein Jeder, aber besser machen kann er's nicht. Das erinnert mich an den Tambourmajor; Sie machen keinen Eindruck mit diesen Demonstrationen, die verabredeter Art sind — lassen Sie es sein! Als Herr von Puttkamer sprach, hat sich eine Gruppe in der Gegend von dem Herrn Abg. Siruve — ich weiß nicht, wo er zu sitzen pflegt — gebildet, die durch unartikulierte Töne den Redner zu unterbrechen suchte. Widerlegen Sie mich, aber lachen — wie leicht ist das! Sie glauben gar nicht, wie ich lache, wenn Sie nicht dabei sind.

(Maßregeln zum Wohle der arbeitenden Klassen; Schutz der vaterländischen Arbeit.) Der Plan der Reform, den wir nach dem Willen des Kaisers und der verbündeten Regierungen

befolgen, läßt sich ja nicht in kurzer Zeit ausführen; er bedarf zu seiner Ausführung eines Zeitraums von Jahren. Wir hatten uns bemüht, die Lage der Arbeiter nach drei Richtungen hin zu verbessern: einmal, indem wir zu einer Zeit, wo die Arbeitsgelegenheit gering und die Löhne niedrig geworden waren, zum Schutze der vaterländischen Arbeit Maßregeln getroffen haben gegen Konkurrenten, mit anderen Worten, Schutzzölle eingeführt haben zum Schutze der inländischen Arbeit. In Folge dieser Maßregeln hat sich eine wesentliche Besserung der Löhne vollzogen und eine Verminderung der Arbeitslosigkeit. Die Arbeit hat sich seitdem immer mehr wieder eingefunden, und Sie bemühen sich vergebens, andere Gründe dafür zu suchen. Ich glaube, im Gegentheil, diese Erscheinung muß eine erhebliche Rückwirkung auf die Beruhigung der sozialistischen Bestrebungen haben. Wer noch die Erinnerung an die Zeit von 1877 bis 1878 hat, an die damaligen Zustände, der wird nicht leugnen, daß doch selbst in den ausländischen Schriften die Hoffnung, an die Unzufriedenheit der Arbeiter mit ihrem Schicksal Umsturzpläne zu knüpfen, einigermassen vermindert ist. Also Nutzen hat dieses Schutzzöllnerische System zu dem Zweck gehabt.

(Die Steuerreform als Mittel zur Verbesserung der Lage der arbeitenden Klassen.) Ein zweiter Plan, der im Sinne der Regierung liegt, ist die Verbesserung der Steuerverhältnisse, indem eine geschicktere Vertheilung derselben gesucht wird, wodurch namentlich die drückenden Steuerexekutionen wegen kleiner Beträge, wenn nicht abgeschafft, so doch wesentlich vermindert und vielleicht einer weiteren Verminderung entgegengeführt werden. Die Steuerexekutionen haben sehr viel kleine Existenzen im Arbeiterstande früher vernichtet und umgeworfen, und die wenigen Groschen, die für die Steuer am bestimmten Termine aufzubringen waren, sind auch oft der Grund gewesen, warum eine Familie, die nicht gerade auf der untersten Stufe der Wohlhabenheit stand, zurückgeworfen wurde in das Elend. Sie sagen nun, wir hätten mit der einen Hand gegeben und mit der anderen genommen, wir hätten in indirekten Steuern den Arbeitern sehr viel mehr auferlegt als in den direkten. Das ist eine falsche Berechnung, eine Unwahrheit, die dem Arbeiter leicht aufzuhängen ist, die aber doch nicht wahr ist. Wenn Sie dem Arbeiter vorrechnen, was er für Del und Petroleum und Getreide jetzt an Eingangszoll bezahlen muß, und für Speck, und was weiß ich, so verschweigen Sie ihm immer, das weder das Brot noch das Petroleum einen Pfennig theurer geworden sind, im Gegentheil, sie sind trotz der vorigen, ich kann wohl sagen Missernte, die wir im Lande gehabt haben, noch wohlfeiler als früher. Dies beweist, daß die Rechnung nicht richtig ist, wenn Sie sagen, daß dem Arbeiter 60 Mark speziell auferlegt worden sind; aber selbst wenn dadurch eine Vertheuerung stattfand, so ist ganz sicher, daß es der Arbeiter nicht in letzter Instanz bezahlt. Er bezahlt sie vielleicht das erste Mal, aber die Abwälzung dieser Summe auf den Arbeitgeber und von dem Arbeitgeber auf den Konsumenten ist ja eine ganz zweifellose. Das sogenannte eiserne Lohngesetz, daß ein einfacher Arbeiter nie mehr verdienen kann, als er zur nothwendigen Erhaltung und zur Bestreitung seiner nothwendigen Lebensbedürfnisse braucht, hat eine gewisse Wahrheit, ist aber doch cum grano salis zu verstehen. Diese Wahrheit wechselt nach Zeit und Ort. Das, was ein Arbeiter an Nothwendigem gebraucht, ist der Zeit nach verschieden. Wer von uns fünfzig Jahre zurückdenken kann, der wird wissen, daß der ganze Lebensstand eines Arbeiters, die Nahrung, die er zu sich nahm, die Wohnung, die Kleidung, die er und seine Kinder trugen, heut zu Tage besser geworden sind als damals, und daß heut zu Tage, zu dem, was der Arbeiter nothwendig gebraucht, eine bessere Kleidung, eine bessere Nahrung, eine bessere Wohnung als damals gehören. Ebenso örtlich: Ich beschäftigte Arbeiter in Holstein und in Pommern. In Holstein ist der Tagelohn um 50 Prozent höher als in Pommern, weil die Landesstätte dahin geht, nicht daß das Geld dort weniger werth wäre. Es liegt überhaupt nicht am Wechsel der Abnahme des Geldwerthes, sondern es liegt daran, daß der holsteinische Arbeiter gewohnt ist, ein höheres Maß von Wohlleben, als nothwendig ist zu seinem Bestande, zu haben, und was bleibt mir als Arbeitgeber anderes übrig, als daß ich diese Nothwendigkeit befriedige? Es ist das also der klarste Beweis, daß der Arbeiter das, was er zu seinem Lebensbedarf gebraucht und nothwendig hat, auch auf den Arbeitgeber abwälzt und daß das eiserne Lohngesetz in Bezug auf die Höhe des Lohnes ganz unzweifelhaft nicht richtig ist. Es ist ganz unmöglich, daß auf die Dauer ein Betrieb fortbesteht, dessen Arbeiter nicht das bekommen, was sie zu ihrer üblichen und gebräuchlichen Existenz brauchen; denn wenn sie es nicht bekämen, würden sie einfach diesen Betriebszweig aufgeben oder nach Amerika auswandern, was ja ganz leicht ist; es muß ihnen die Lohnerhöhung gewährt werden, die den steigenden Brotpreisen entspricht. Man nehme die Bedürfnisse, die wir Alle befriedigen: Schuhzeug, Kleider u. s. w. Wenn Jemand zurückdenkt, was er vor fünfzig, vierzig und dreißig

Jahren für ein Paar Stiefel bezahlt hat und was er heute dafür geben muß, so wird er sich sagen: der Werth des Geldes ist etwas gefallen, aber so viel nicht; dagegen lebt der Schuhmacher, von dem wir die Stiefel bekommen, besser, seine Frau ist besser angezogen, seine Kinder werden besser erzogen, sie streben höher hinauf. Der Schuhmacher ist also im Stande, das, was er nach seiner jetzigen Ueberzeugung mehr braucht, als er vor fünfzig, vierzig oder dreißig Jahren brauchte, von seinen Kunden wieder einzuziehen, und wir bekommen keinen Stiefel, wenn wir das nicht bezahlen. Darin aber besteht der große Trugschluß, der den Arbeitern gegenüber gemacht wird, der Trugschluß, daß sie die Erleichterung, die ihnen durch Abschaffung der Klassensteuer geworden ist, vielfach bezahlen müßten durch Auflagen auf die nothwendigsten Lebensbedürfnisse, deren Preisen die Arbeiter nicht gewachsen sind. Ich wünsche nur, daß es möglich wäre, auch in den kommunalen Abgaben, und in Preußen namentlich in den übermäßigen Ansprüchen, die an die Gemeinden für Schulzwecke gestellt werden, eine anderweitige Entlastung eintreten zu lassen. Das ist aber nur möglich, wenn Staatsmittel überwiesen werden können, und um diese überweisen zu können, müssen sie durch anderweitige Zuschüsse gedeckt werden. Bei diesen anderweitigen Zuschüssen von indirekten Steuern auf Luxusgegenstände haben wir uns aber bisher, um mich englisch auszudrücken, einer obstruction, einer Obstruktion gegenüber befunden; es ist uns die Tabacksteuer und die Lizenzabgabe verweigert worden, und wir können hier erst helfen, wenn Sie uns Geld bewilligen; denn selbst können wir es nicht beschaffen.

(Die direkte Fürsorge für das Wohl der Arbeiter.) Der dritte Zweig der Reformen, die wir erstreben, liegt in der direkten Fürsorge für die Arbeiter. Die Frage von Arbeitszeit und Lohnhöhe ist durch staatliche Einwirkung, überhaupt durch Befehle außerordentlich schwierig zu lösen. Durch irgend eine Festsetzung, die man macht, läuft man Gefahr, in die persönliche Freiheit, seine Dienste zu verwerthen, sehr erheblich und unnütz einzugreifen; denn wenn man die milchgebende Kuh oder die eierlegende Henne mit einem Male schlachtet, so geht damit die Industrie ein, um die es sich handelt, weil sie die ihr aufzuliegende Last der kurzen Arbeit für hohe Löhne nicht tragen kann; dann leidet darunter der Arbeiter ebenso wie der Unternehmer. Das ist also die Grenze, die geboten ist, und vor der jede gesetzliche Einwirkung Halt machen muß. Ich habe darüber auch nur sporadische, lokale Klagen gehört, der eigentliche Beschwerdepunkt des Arbeiters ist die Unsicherheit seiner Existenz; er ist nicht sicher, daß er immer Arbeit haben wird, er ist nicht sicher, daß er immer gesund ist, und er sieht voraus, daß er einmal alt und arbeitsunfähig sein wird. Verfällt er aber der Armut auch nur durch eine längere Krankheit, so ist er darin nach seinen eigenen Kräften vollständig hilflos, und die Gesellschaft erkennt ihm gegenüber bisher eine eigentliche Verpflichtung außer der ordinären Armenpflege nicht an, auch wenn er noch so treu und fleißig die Zeit vorher gearbeitet hat. Die ordinäre Armenpflege läßt aber viel zu wünschen übrig, namentlich in den großen Städten, wo sie außerordentlich viel schlechter als auf dem Lande ist. Wenn wir in den Berliner Zeitungen lesen von Selbstmord aus Mangel an Nahrung, von Leuten, die direkt Hungers gestorben sind und sich aufgehängt haben, weil sie nichts zu essen gehabt haben, von Leuten, die in der Zeitung ankündigen, sie wären obdachlos hinausgeworfen und hätten kein Unterkommen, so sind das lauter Dinge, die wir vom Lande nicht kennen und nicht verstehen. Da würde sofort der Landrath und die Polizei erscheinen und den etwa Ermittelten wieder einsehen und dem Hungernden durch Exekution zu Speise und Trank verhelfen. Nahrungssorgen sind da gar nicht möglich. Nun scheint es aber, daß diejenige landrätliche Behörde, die die Aufsicht über Berlin hat, nicht mit gleicher Schärfe verfährt wie die übrigen in der Provinz. Indessen für den Arbeiter ist das immer eine Thatsache, daß der Armut und der Armenpflege in einer großen Stadt zu verfallen gleichbedeutend ist mit Elend, und diese Unsicherheit macht ihn feindselig und mißtrauisch gegen die Gesellschaft. Das ist menschlich nicht unnatürlich, und so lange der Staat ihm da nicht entgegenkommt, oder so lange er zu dem Entgegenkommen des Staats kein Vertrauen hat, so lange ihm dies Vertrauen zur Ehrlichkeit des Staates durch die Verdächtigungen der Regierung genommen wird, da wird er, wo er ihn finden mag, immer wieder zu dem sozialistischen Wunderdoktor laufen, wie das Herr von Puttkamer vorhin uns verlesen hat, und ohne großes Nachdenken sich von ihm Dinge versprechen lassen, die nicht gehalten werden. Deshalb glaube ich, daß die Unfallversicherung, mit der wir vorgehen, sobald sie namentlich ihre volle Ausdehnung bekommt auf die gesammte Landwirthschaft, auf die Baugewerke vor Allem, auf alle Gewerke, wie wir das erstreben, sie doch mildernd auf die Besorgnis und auf die Verstimmung der arbeitenden Klassen wirken wird. Ganz heilbar ist die Krankheit nicht, aber durch die Unterdrückung äußerer Symptome derselben durch Zwangsgesetze halten wir sie nur auf und treiben sie nach innen. Darauf allein kann ich mich nicht einlassen.

Beilage.

(Die Pflicht einer christlichen Gesetzgebung gegenüber den Arbeitern.) Ich möchte noch eine andere Bemerkung des Herrn Vorredners resumieren. Derselbe behauptete, ich hätte von der »Selbstvertheidigung der Sozialdemokratie« gesprochen. Mir ist der Wortlaut nicht genau erinnerlich, ich habe auch den Bericht darüber nicht bei der Hand. Sollte ich aber das wirklich gesagt haben, so würde ich mich unrichtig ausgedrückt haben. Gemeint habe ich die »Selbstvertheidigung des Arbeiters«, die doch auch beschränkt ist. Es können durch dies Gesetz unter Umständen ganz ähnliche Bestrebungen zur Verbesserung des Looses der Arbeiter, die mit denen des Staates nicht nothwendig im Kampfe stehen, getroffen werden, und da habe ich allerdings gesagt: unser Recht, die Ausnahme-gesetze fortbestehen zu lassen, schöpfen wir aus der Pflicht und aus der Erfüllung der Pflicht einer christlichen Gesetzgebung. Kennen Sie es sozialistische Gesetzgebung auf der Fortschrittsseite, ich ziehe den Ausdruck christlich vor. Der Sozialismus der Zeit der Apostel ging noch sehr viel weiter. Wenn Sie die Bibel vielleicht einmal lesen wollen, werden Sie Verschiedenes aus der Apostelgeschichte darüber finden. So weit gehe ich in unseren heutigen Zeiten nicht. Den Muth aber zu Repressionsmaßregeln schöpfe ich nur aus meinem guten Willen, daran zu arbeiten, daß die wirklichen Beschwerden, die wirklichen Härten des Schicksals, über die die Arbeiter zu klagen haben, soweit eine christlich gesinnte Staatsgemeinschaft es vermag, gemildert werden und ihnen abgeholfen wird. Wie weit, ja das ist Sache der Ausführung; durch die Schwierigkeit der Ausführung wird die Pflicht, zu thun, was man für Pflicht erkannt hat, nicht aufgehoben, und, wie ich schon neulich sagte, vom Erfolg ist unser Vorgehen vollständig unabhängig.

(Bedenken gegen eine Vorberathung des Gesetzes in einer Kommission.) Ich bin durch die Mannigfaltigkeit des Stoffes in der Erwiderung nicht in der Lage gewesen, auf das System der eigentlichen Vorlage einzugehen, und ich habe auch gefürchtet, Ihnen noch einmal zu sagen, was Herr von Puttkamer Ihnen schon besser gesagt hat. Ich will deshalb schließen mit der Bitte: nehmen Sie die Vorlage einfach an. Verweisen Sie sie an die Kommission, gut, so wird sich ja darin auch darüber reden lassen; ich würde es aber bedauern; es ist nicht gerade direkt eine Ablehnung, aber ich prognostizire daraus schon die Ablehnung und sehe sie voraus. Ich würde also das als eine ungünstige Aufnahme ansehen, wenn Sie sie in die Kommission verweisen. Wir können ja mit dem Herrn Abgeordneten Dr. Windthorst, der selbst doch noch sehr zweifelhaft über seine Stellung zur Sache war, nicht wissen, wie sie aus der Kommission wieder herauskommt. Aber vor allen Dingen möchte ich diejenigen Parteien, die nicht zur Sozialdemokratie gehören, und die angeblich von der Entwicklung derselben dieselben Befürchtungen, wie alle übrigen haben, bitten, daß sie aufhören mit Verdächtigungen der Regierung in den Augen des gemeinen Mannes, und daß sie nicht ein Feuer anzünden, daß sie selbst zu löschen ganz außer Stande sind.

Das Programm der Sozialdemokratie und die Stellung der Regierung.

(Aus der Rede des Staatsministers von Puttkamer in der Sitzung des Reichstags am 20. März.)

Der Fürst Bismarck hat schon bei früheren Gelegenheiten einmal erklärt:

Es wird stets von Seiten der Sozialdemokraten, wenn sie uns die Ideale ihrer Zukunft schildern wollen, ein Schleier vor die Sache gezogen. Wir hören niemals etwas Authentisches und Konkretes darüber, was sie denn nun eigentlich positiv wollen. In der Verneinung alles dessen, was dem Menschengeschlecht bisher heilig und ehrwürdig war, sind sie sehr rasch bei der Hand, auch unter sich vollkommen einig; aber nun möchten wir doch einmal hören, was denn nun eigentlich dasjenige ist, was der Herr Abg. Bebel das Idealziel der Zukunft nennt.

Und wenn bisher hierüber eine Art von Schleier gehangen hat, — die bisher veröffentlichten Programme mit den ganz skizzenhaften Ausführungen und Zweckbestimmungen können ja hierfür nicht in Betracht kommen, — und wenn diese Dinge namentlich im Parlamente noch niemals vor den Augen und Ohren der Nation erörtert sind, so halte ich mich für verpflichtet und halte ich es an der Zeit, einmal an der Hand eines klassischen Zeugen Ihnen dasjenige Bild zu entrollen, was die deutsche Sozialdemokratie sich von der Zukunft

Deutschlands, und ich darf wohl sagen Europas macht. Es ist das Verdienst eines ihrer hervorragendsten Führer, sich der Mühe unterzogen zu haben, aus dem Nebel der Phrasen und der allgemeinen Redewendungen herauszutreten in das Gebiet der konkreten Wirklichkeit und des politischen Programms und der seiner Meinung nach auszuführenden Ideen. Diese werde ich Ihnen an der Hand seiner eigenen Auseinandersetzungen mittheilen und werde erwarten, ob er seinerseits diesem Bilde etwas hinzuzufügen hat, oder ob er die Wichtigkeit dieser Ausführungen in Abrede zu stellen in der Lage ist.

Dieses Buch, welches übrigens mit einem großen Schein wissenschaftlichen Applombs ausgerüstet ist, und welches von sehr erheblicher Belesenheit zeugt, geht von folgenden Grundzügen aus. Die ganze bisherige Entwicklung des Menschengeschlechtes durch Jahrtausende der Geschichte hindurch in Staat, in Ehe, in Familie, in Religion, im Verhältniß des Arbeitgebers zum Arbeitnehmer, ist eine große Verirrung, ein großes Verbrechen. Die Zustände, die auf Grund dieser völlig verrückten Weltanschauung sich entwickelt haben, sind derart trostlos, daß keine Reform der Welt im Stande ist, auch nur das geringste an ihnen zu bessern. Nur der Umsturz und die Zerstörung dieses elenden Zustandes durch eine völlig neue Welt kann uns retten und wird uns retten. Und wie soll nun das bewerkstelligt werden. Der Verfasser sagt: »Es wird also alles verschwinden müssen, alle Organisationen der Menschheit sind völlig auf den Kopf zu stellen und aus der Welt zu schaffen. An ihre Stelle muß treten die organisirte sozialistische Gesellschaft; diese sozialistische Gesellschaft wird ihre Wirksamkeit beginnen mit einem großen Gesamttakt der Expropriation — der Verfasser nennt das vorsichtig Expropriation, es ist das natürlich Konfiskation —, die Gesellschaft wird sich in den Besitz setzen aller Kapitalien, aller Produktions- und Fabrikationsmittel, des Gesamtgrundeigentums, es bleibt für die Privatphäre nichts übrig, als etwas Hausgeräth. Letzteres kann allenfalls noch Gegenstand des Privateigentums sein, alles übrige muß kollektivistisches Eigenthum der neuen Gesellschaft werden, — durch welchen Akt dies geschehen soll, davon will ich nicht reden. Vorausgesetzt, es sind alle so guthmüthig und lassen sich expropriiren, so wird die neue Gesellschaft folgendermaßen ausgerüstet sein. Sie ist im Besitze aller Kapitalien, des Grundeigentums im Besitze aller wissenschaftlichen Erzeugnisse und des Fortschrittes, den die vorigen von ihr so sehr verachteten Jahrtausende aufgehäuft haben, und nun geht es ans Werk und es wird die irdische Gemeinschaft in ein großes Arbeitshaus verwandelt. Keine Arbeit ohne Genuß, kein Genuß ohne Arbeit, jeder bekommt seine Portion zugewiesen. Es ist übrigens nicht so schlimm, denn die durchschnittliche Arbeitszeit beträgt bei der vorzüglichen Einrichtung nur zwei, drei, höchstens vier Stunden täglich, es wird auch nicht mehr produziert, als die Gesellschaft zu ihrem Konsum bedarf, Handel und Verkehr hören vollständig auf, es soll jeder von dem Produkte der gemeinsamen Arbeit so viel bekommen, natürlich als Äquivalent für die Arbeit, daß er ein behagliches Leben mit vierstündiger Arbeit führen kann. Natürlich verschwindet dabei auch alles, was irgend an sonstigen Einrichtungen der menschlichen Gesellschaft bestanden hat und da ist. Ich will also zunächst einmal sagen, alles was als Anneg des früheren Grundeigentums bezeichnet werden kann; es giebt keine Hypotheken, keine Pfandbriefe, keine Staatsschuldverschreibungen, »Unser Schuldbuch sei vernichtet, diesen Ruf der ganzen Welt«. Ferner hört alles auf, was irgendwie einer organisirten Staatswelt ähnlich sieht; es giebt keine Behörden mehr, keine Staatsverfassung, selbstverständlich keine Armee, keine Polizei, keine Gendarmen. Denn wozu auch? Die Menschheit, die bisher so verderbt und verrottet war, ist auf einmal durch den großen Expropriationsakt und die Einrichtung der neuen Gesellschaft völlig tugendhaft geworden. Es giebt weder politische noch gemeine Verbrechen mehr; es giebt keinen Diebstahl mehr, denn der ist überflüssig, weil jeder so viel hat, als er braucht; es giebt keinen Mord, denn Niemand hat einen Feind; es giebt kein Münzverbrechen, denn Gold ist nur Chimäre. Von alledem ist keine Rede; es giebt keine Gefängnisse, mit einem Worte, es hört alles auf, mit Ausnahme dieser großen sozialistisch eingerichteten Erwerbsgenossenschaften.

Nun hat die Sache allerdings auch ihre Rehrseite. Denn, wie ich schon sagte: keine Arbeit ohne Genuß, aber auch kein Genuß ohne Arbeit. Arbeiten muß jeder, auch derjenige, der sonst seiner früheren Stellung nach daran nicht gewöhnt ist. Es sagt hierüber der Verfasser ungefähr wörtlich: es giebt keine Arbeit, die so ekelhaft und so niedrig wäre und so mit den guten Sitten bisher nicht vereinbar, daß sich nicht jeder Genosse unserer künftigen Gesellschaft derselben unterwerfen müßte. S. B. muß ein Gelehrter Vormittags die menschlichen Fäkalstoffe auf das Feld führen und Nachmittags studirt er den Aristoteles. Das sind keine Hirngespinnste, sondern das steht so gut wie wörtlich in dem Buche.

Den Löwenantheil aber bei dieser ganzen Umwandlung der menschlichen Einrichtungen ziehen die Frauen. Ich muß Ihnen hier wirklich auseinandersetzen, was der Verfasser aus der Frau, aus der deutschen Frau macht. Die Frau war bisher in Folge des durchaus zu verwerfenden Institutes der Zwangsehe ein Lohnobjekt, sie war eine Sklavin, ein Lustobjekt, weiter nichts; sie war dazu da, legitime Kinder, die man des Erbrechts wegen brauchte, in die Welt zu setzen, und im Uebrigen war sie Gegenstand des Schachers zwischen dem Manne, der sie erwarb, und den Eltern. So ungefähr drückt sich der Verfasser in dem Buche aus.

Was wird nun in der neuen Gesellschaft aus der Frau? Sie tritt völlig in dieselben Rechte wie der Mann. Natürlich kann dabei das bisherige Institut der Ehe nicht bestehen. Die Ehe soll zwar dem Namen nach fortbauern, aber sie wird in ihren innersten Fundamenten vollständig zerstört und aufgehoben. Sie soll stattfinden ungefähr in folgender Weise: von einer priesterlichen Einsegnung ist keine Rede, Priester giebt es in der neuen Gesellschaft nicht, wie auch keinen Gott — also diese Ehe der Zukunft wird geschlossen ohne Dazwischenkunft auch nur irgend eines staatlichen Funktionärs, man kommt zusammen, wie es die freie Liebeswahl mit sich bringt, und wenn nachträglich Enttäuschung oder Abneigung sich einstellt, dann geht man eben auseinander. Um die Kinder, die aus solchen ehelichen Verhältnissen entspringen, braucht man sich auch nicht zu kümmern. Erstens bedarf es einer legitimen Vaterschaft nicht mehr, denn zu erben giebt's nichts mehr, das geringe Hausgeräth kommt nicht in Betracht. Sodann werden die Kinder, sowie sie die Mutterbrust verlassen, den großen Phalanstören übergeben, wo man sie körperlich, geistig und wissenschaftlich erzieht, bis sie als gereifte Männer und als junge Damen in die öffentliche Welt treten.

Es giebt auch kein Familienleben mehr, denn gekocht wird nicht mehr im Hause, das ist ein wichtiger Punkt in der neuen Gesellschaft, es wird gekocht in großen öffentlichen Hallen, wo der Philosoph, der sich gern wissenschaftlich beschäftigt, natürlich auch Kartoffeln schälen muß. Es wird auch nicht mehr zu Hause gewaschen, sondern in großen Zentralanstalten, ausgerichtet mit allen Apparaten und mit allen chemischen Hilfsmitteln; kurz, es wird der Familie nicht nur alle Sorge genommen, sondern — und das ist das Furchtbare bei der Sache — es wird ihr jede Existenzfähigkeit, jede sittliche Basis dadurch entzogen, daß man sie in ihren Grundbedingungen und Voraussetzungen von vornherein aufhebt und unmöglich macht.

Wie weit der Fanatismus solcher Anschauungen geht, das beweist namentlich derjenige Theil des Buches, der sich mit der Landwirthschaft befaßt. Das ist nämlich das besondere Verdienst des Bestehens der neuen sozialdemokratischen Gesellschaft, daß die Landwirthschaft zu einer ganz ungeahnten Blüthe gelangt, und zwar aus den verschiedensten Gründen; erstens ist es eine sehr gesunde und gemüthberregende Beschäftigung und darum soll sie auch in dieser neuen Gesellschaft gepflegt werden, und dann wird — und das ist charakteristisch — das platte Land dadurch, daß die großen Städte zu existiren aufhören, ganz den städtischen Charakter annehmen; mit anderen Worten: die großen Städte haben als Pflanzschule der Revolution, die man mit ihrer Hilfe durchsetzen will, ihre Schuldigkeit gethan, man löst sie auf, und die Bevölkerung verbreitet sich über das platte Land, siedelt sich da an u. s. w., alles natürlich auf gemeinschaftliche Rechnung. Und die Produktionskraft, welche die Landwirthschaft durch dieses Dezentralisiren erhält, wird so enorm, daß man ganz ungeheure Massen künftig produziren wird, es giebt dann keine Noth mehr, jeder bekommt seinen Antheil und kann diejenige Zeit, die er nach vierstündiger mäßiger Arbeit übrig behält, zubringen in den Bibliotheken, in den Museen, in Wahlversammlungen, in öffentlichen Theatern, die alle mit dem größten Luxus ausgestattet sein werden. Denn die sozialdemokratische Gesellschaft wird auch Künstler in Masse produziren. Ja, soweit geht die Zauberkrast der neuen Gesellschaft, daß sie selbst dem Klima trotzt, man wird gar keine Missernten mehr haben.

Ich zitiere aus dem Buch, glauben Sie nicht, daß das verrückte Hirngespinnste sind, die ich ihnen aus meiner Einbildung vorführe. — Ist es zu naß, dann wird in großen Trockenscheunen die Ernte unter Dach und Fach gebracht, ist es zu trocken, dann wird man auf künstliche Weise die Vegetation hervorbringen. Denn die Chemie macht so große Fortschritte, daß sie, in den Dienst der neuen Gesellschaft gestellt, durch Elektrizität auch bei Nacht die Vegetation in so erheblicher Weise fördern wird, daß wir weder bei nassen Jahren noch bei trockenen Jahren Missernten zu erfahren haben.

Nun, werden Sie mir sagen: was hat das hiermit zu thun? das sind ja ganz hinverbrannte Ideen!

Ja, es ist richtig, es sind das ganz verrückte Ideen. Ich frage hier einstweilen nicht nach der Person des Verfassers, sonst würde ich mir diesen Ausdruck nicht erlauben. Aber es sind, an sich betrachtet, unausführbare und gänzlich zu verwerfende Dinge. Aber nun kommt die furchtbar traurige Seite der Sache: Dies sind keine Hirngespinnste, sondern dies ist das formulirte positive Programm einer Partei, welche Hunderttausende von Wählern in Deutsch-

land hinter sich hat und stürmisch und leidenschaftlich verlangt, daß man ihr die Staatsgewalt ausliefern soll, um diese Pläne in die Wirklichkeit einzuführen. Und der Verfasser ist keineswegs ein hinverbrannter Mensch, sondern der bedeutendste Führer der Sozialdemokratie, er befindet sich in unserer Mitte, er heißt August Bebel.

Nach dieser Schilderung, die ich Ihnen gegeben habe, möchte ich noch auf Einiges zurückkommen, was in den Reden der Herren Vorredner vorkam. — Wenn man sich mit dem Eindruck eines — nun nicht mehr als Phantom, sondern als exponirtes politisches Programm hingestellten Systems durchdringt, so glaube ich, wird man doch unfehlbar zu dem Schluß kommen, daß diejenigen — ich will es ganz milde ausdrücken — sich in einem vollkommenen Irrthum befinden, welche die leiseste Verwandtschaft der sozialpolitischen Reformbestrebungen der Regierung mit dieser Sozialdemokratie behaupten. Gerade das Gegentheil ist der Fall. In Ziel und Methode bildet dasjenige, was die verbündeten Regierungen in arbeiterfreundlichem Sinne anstreben, den direktesten unverföhllichsten Gegensatz zu diesen Bestrebungen.

Was wollen wir? Indem wir die Grundlagen heilig halten, welche uns die Jahrtausende in Kirche, in Staat, in Gesittung, im Familienleben überliefert haben, erkennen wir andererseits an, — verzeihen Sie, daß ich mit »wir« spreche, der Ausdruck »verbündete Regierungen« ist etwas weiterschweifig, — daß die Formen, in denen sich das heutige Kulturleben vollzieht, und namentlich die Industrie und das Gewerbsleben mit Nothwendigkeit gewisse schwere Mißstände mit sich führen, die zumeist auf den Schultern und den Körpern der arbeitenden Klassen lasten, und daß es deshalb die Aufgabe der Regierungen und der Kulturstaaten ist, in dieser Beziehung, soweit es in Menschenkräften steht, durch die Gesetzgebung Milderung und Wandel zu schaffen. Hat das irgend eine Spur von Ähnlichkeit mit diesen radikalen — das ist viel zu milde ausgedrückt — mit diesen Staat und Gesellschaft umstürzenden Plänen?

Wir wollen die Reform und wollen durch die Reform die Revolution vermeiden. Die Sozialdemokratie, wie ich sie Ihnen geschildert habe, will die Revolution, sie kann keine Reform gebrauchen, und deshalb, meine Herren, weil sie das nicht kann, muß sie naturgemäß — ich mache ihr in diesem Augenblick daraus keinen Vorwurf — sich auflehnen gegen alle diejenigen gesetzgeberischen Vorschläge, welche Ihnen die Regierung auf dem Gebiet der sozialpolitischen Reform macht.

Ich weise ferner diese Solidarität vollkommen zurück und möchte wirklich bitten, in künftigen Stadien der Berathung — wir werden ja bei dem Unfallversicherungsgesetz über diese Dinge vielfach zu sprechen haben — derartige Vorwürfe gegen die wohlgemeinten Vorschläge der Regierung nicht mehr zu erheben.

Aber ferner behaupte ich, es ist schlechterdings unmöglich, vorausgesetzt einmal, daß man sich mit der enormen Gemeingefährlichkeit und dem Verbrecherischen der Bestrebungen der Sozialdemokratie durchdrungen hat, — es ist absolut unmöglich, diesen Bestrebungen mit den Waffen des gemeinen Rechts wirksam zu Leibe zu gehen. Ich lade die Herren, welche diesen Versuch in wohlmeinender Absicht gemacht haben und damit gescheitert sind, ein, sich einmal die Situation zu vergegenwärtigen. Wie soll, — ich setze immer voraus, daß die Mehrheit der Nation diesen Bestrebungen unverföhllich entgegensteht und das ihrige dazu thut, sie zu unterdrücken, — wie soll es möglich sein, ein politisches System, denn das ist ja die Sozialdemokratie, aus den Herzen durch Repressivmaßregeln zu reißen, also durch Strafgesetze, welche die einzelnen Straftthaten bedrohen?

Meine Herren, das ist eine einfache Unmöglichkeit; wir wollen ja gewiß auch die einzelne verbrecherische That ahnden, und wir halten es auch für möglich auf gewissen Gebieten, ich will z. B. annehmen auf dem Gebiete des Mißbrauchs von Sprengstoffen strenge Repressivgesetze zu erlassen; aber wenn es sich darum handelt, eine an das Herz, an das Gemüth, ich möchte sagen an die Volkseele sich hängende Propaganda der verderblichsten Art zu beseitigen, da kommen Sie mit Repressivmaßregeln nicht einen Schritt weiter. Sollte das Gesetz, wie dies die Absicht zu sein scheint, in eine Kommission kommen, so werden wir ja die Wiederholung dieser Versuche sehen und Sie werden — das ist meine Ueberzeugung — scheitern. Man kann, wenn man überhaupt sich zu dem Gedanken bekennt, daß es die Pflicht des Staates ist, die bürgerliche Gesellschaft und die ganze Rechtsgemeinschaft vor den Gefahren zu schützen, welche in den von mir geschilderten Bestrebungen liegen, — man kann sich nimmermehr der Pflicht entziehen, auf dem Gebiete der Prävention vorzugehen. Das ist der Charakter des Gesetzes von 1878 und der Verlängerungsvorlage, die wir hier machen.

Im Reichstage wurde am 20. März zunächst die Denkschrift über die in Folge des Sozialistengesetzes getroffenen Anordnungen durch Kenntnissnahme für erledigt erklärt, nachdem zu derselben nur die beiden sozialdemokratischen Abgg. Hasenclever und Grillenberger gesprochen hatten. — Dann trat das Haus in die erste Berathung des Gesetzentwurfs, betreffend die Verlängerung der Gültigkeitsdauer des Sozialistengesetzes auf die Dauer von weiteren zwei Jahren. Nachdem der nationalliberale Abg. Dr. Marquardsen Namens seiner Parteigenossen den Standpunkt derselben zur Vorlage präzisirt und erklärt hatte, daß sie für die Vorlage stimmen würden, nahm das Wort zu längeren Ausführungen gegen die Tendenzen eines solchen Ausnahmegesetzes überhaupt der Abg. Bebel. Als Kommissarius der verbündeten Regierungen legte demnächst in eingehender Weise der Vizepräsident des preussischen Staatsministeriums, Minister des Innern von Puttkamer, dem Vorredner gegenüber die Gründe für die Vorlage dar. Die Hauptstellen der Rede sind vorstehend mitgetheilt. Alsdann nahm der Abg. Windthorst das Wort, um die Ueberweisung der Vorlage an eine Kommission zu empfehlen. Darauf hielt der Reichskanzler Fürst Bismarck eine längere, oben mitgetheilte Rede. Nach einer kurzen Erwiderung des Abg. Windthorst wurden dann die Verhandlungen vertagt.

Am 21. wurde die Berathung fortgesetzt. Den prinzipiell gegenereifischen Standpunkt gegen die Vorlage vertraten die Abg. Dr. Hänel und Sonnemann. Ersterer suchte insbesondere die gestrigen gegen die Fortschrittspartei gerichteten Angriffe des Reichskanzlers zu entkräften und erklärte, daß seine Parteigenossen jede Ausnahmegesetzgebung verwerfen. Einzig Ausbreitungen der Sozialdemokratie sei mit dem gemeinen Rechte entgegenzutreten. Abgeordneter v. Kardoff dagegen vertheidigte die Regierungsvorlage, indem er die Zustimmung der Reichspartei für dieselbe in Aussicht stellte. Er erklärte sich gegen kommissarische Berathung, für welche gar kein Anlaß vorliege. Die Andeutungen des Abg. Sonnemann, als ob bei dem Dynamitattentat auf das Polizeipräsidium in Frankfurt am Main die Behörde selbst nicht ganz unbetheiligt erscheine, wies als Kommissar der verbündeten Regierungen, der Vizepräsident des preussischen Staatsministeriums, Minister des Innern v. Puttkamer sehr energisch zurück und konstatierte aus der Moskischen »Freiheit«, daß die Anarchisten selbst die Urheberchaft dieses Verbrechens für sich in Anspruch nehmen. Abgeordneter Freiherr v. Malgahn-Gülz erklärte Namens der deutsch-konservativen Partei, daß sie ebenso wie vor drei Jahren auch heute die Verlängerung des Sozialistengesetzes für eine Nothwendigkeit hielten. Sie würden deshalb für das Gesetz, und mit der Reichspartei gegen die kommissarische Berathung stimmen. Es nahm dann noch der Abg. Dr. von Jazdzewski (Pole) das Wort, dessen Ausführungen den Reichskanzler Fürsten v. Bismarck zu einer kurzen Entgegnung veranlaßten. Schließlich wurde der Gesetzentwurf einer Kommission überwiesen.

Am 24. trat der Reichstag in die erste Lesung des Gesetzentwurfs, betreffend die Kommanditgesellschaften auf Aktien und die Aktiengesellschaften. In der Berathung, in welcher sich die meisten Redner in entgegenkommender Weise äußerten, betheiligte sich auch der Staatssekretär des Reichs-Justizamts, von Schelling. Der Entwurf wurde schließlich an eine besondere Kommission verwiesen.

Das Herrenhaus genehmigte am 20. März zunächst den Gesetzentwurf, betreffend Aufhebung verschiedener älterer gesetzlicher baupolizeilicher Bestimmungen für Frankfurt a. M., um für diese Stadt den Erlaß einer Baupolizeiordnung zu ermöglichen. Sodann wurde die Reichenschaft betreffs Verwendung flüssig gemachter Bestände der im §. 94 der Hinterlegungsordnung bezeichneten Fonds durch den vorgelegten Bericht für geführt erklärt. Ferner wurde der Gesetzentwurf, betreffend Bestimmung des Zinsfußes für nach einzelnen Gesetzen auszugebende Schuldverschreibungen durch den Finanzminister, angenommen. Es folgte die Berathung des Gesetzentwurfes, betreffs einiger Ergänzungen des Gesetzes über die Unterbringung verwaahrloster Kinder in Zwangserziehung; derselbe wurde nach längerer Diskussion einer besonderen Kommission überwiesen. Schließlich verwarf das Haus eine vom Abgeordnetenhaus beschlossene Abänderung zu dem Gesetzentwurf, betreffend Ergänzung des Pensionsgesetzes von 1872, und strich den §. 9 aus der Vorlage.

Am 21. beschloß das Herrenhaus zunächst, die vom anderen Hause zu erwartenden Steuergesetze einer Kommissionsberathung zu unterziehen und zwar die Kapitalrentensteuer in einer besonderen, die Kommunalsteuer-Novelle in der Gemeinde- und die Stempelsteuer-Novelle in der Budgetkommission. Sodann wurde durch Kenntnissnahme der Bericht über die Bauausführungen der Eisenbahnen erledigt und dann in die Berathung des Etats eingetreten, der nach längerer Debatte über einzelne Abschnitte schließlich angenommen wurde.

Am 24. bildeten den Hauptgegenstand der Verhandlungen die hannoverschen Verwaltungsgesetze. Die sehr eingehende Diskussion drehte sich hauptsächlich um den vom Abgeordneten-

hause eingeschalteten §. 25, betreffend die eventuelle Einführung der Amtsvorsteher durch königliche Verordnung, welchen die Kommission des Herrenhauses zu freieren beantragte. Außerdem stand zur Diskussion ein Antrag, betreffend die Zusammensetzung des Provinziallandtages entsprechend dem Antrage Windthorst im anderen Hause. Für die Beschlüsse des anderen Hauses trat u. A. der Minister des Innern von Puttkamer ein. Nach sehr eingehender Debatte lehnte das Haus den Antrag seiner Kommission mit sehr großer Majorität ab und nahm die Kreisordnung selbst sodann unverändert nach den Beschlüssen des anderen Hauses an. Auch der Antrag, betreffend die Zusammensetzung des Provinziallandtages, rief eine sehr eingehende Diskussion hervor, in welcher der Minister des Innern v. Puttkamer denselben für die Staatsregierung als unannehmbar bezeichnete. Das Haus lehnte schließlich auch in namentlicher Abstimmung diesen Antrag ab, worauf die Provinzialordnung mit großer Mehrheit, ebenfalls in Uebereinstimmung mit den Beschlüssen des Abgeordnetenhauses, zur Annahme gelangte.

Das Abgeordnetenhaus hielt am 19. März eine Sitzung ab, in welcher fast ausschließlich Petitionen zur Erledigung gelangten. Zum Schluß beschäftigte sich das Haus noch mit einem zum Etat der Unterrichtsverwaltung gestellten Antrage, betreffend die Ertheilung des Unterrichts in den Elementarschulen ausschließlich in den Vormittagsstunden, und beschloß mit Rücksicht auf die seitens des Regierungsvertreterers in der Kommission abgegebene Erklärung, wonach überall, wo es die Umstände erheischen, der Unterricht auf die Vormittagsstunden verlegt werden solle, Uebergang zur Tagesordnung. — Am 21. hielt das Haus eine kurze Sitzung ab, in welcher namentlich der Vertrag mit Hessen, betreffend die Rheinkorrektion, genehmigt wurde.

In der Sitzung am 24. standen, abgesehen von dem Antrage, welcher eine Aenderung der Rheinischen Städteordnung dahin bezweckt, daß als Einwohner Diejenigen betrachtet werden sollen, welche in dem Stadtbezirke nach den für die östlichen Provinzen der Monarchie geltenden Bestimmungen ihren Wohnsitz haben, und welcher unter Zustimmung des Vertreters der königlichen Staatsregierung der verstärkten Gemeindkommission überwiesen wurde, lediglich Petitionen meist lokaler Natur auf der Tagesordnung, welche sämmtlich den betreffenden Anträgen der bezüglichen Kommissionen entsprechend erledigt und größtentheils der königlichen Staatsregierung zur Berücksichtigung empfohlen wurden.

Unser Kaiser hat am Sonnabend (22. März) in erfreulichstem Wohlfinden und hoher Müdigkeit den 87. Geburtstag gefeiert. Den Gefühlen treuester Verehrung und Liebe, welche das deutsche Volk zu seinem Kaiser hegt, entsprach die aufrichtige Theilnahme und Freude, mit der ganz Deutschland auch in diesem Jahre den 22. März begrüßte. In der Reichshauptstadt prangten die öffentlichen Gebäude und zahlreiche Privathäuser im Schmuck der deutschen und preussischen Fahnen, und die in vielen Schaufenstern aufgestellten Büsten und Bildnisse des Kaisers wurden von freudig erregten Gruppen betrachtet. Seit früher Stunde herrschte in den Straßen reges Leben, das in der Nähe des königlichen Palais, bei dem mit Blumen prachtvoll geschmückten Denkmal Friedrichs des Großen, seinen Höhepunkt erreichte. In vielfachen, freudigen Zurufen gab die Volksmenge Sr. Majestät die Theilnahme und Verehrung kund.

Die Entgegennahme der Glückwünsche von Seiten des Kaisers erfolgte in der Weise, daß um 10 Uhr die königliche Familie und die fremden fürstlichen Herrschaften, um 10½ Uhr der gesammte königliche Hof, um 11 Uhr die Generale und Militärbevollmächtigten und um 11½ Uhr die Kommandeure der Leibregimenter empfangen wurden. Um 11¾ Uhr empfing Sr. Majestät die Mitglieder des Staatsministeriums unter Führung des Fürsten von Bismarck, um 12 Uhr die landfässigen Fürsten und deren Gemahlinnen, um 12½ Uhr die Botschafter, um 12¾ Uhr den Bundesrath und die Präsidien des Reichstages und der beiden Häuser des Landtages. Beim Empfang des Staatsministeriums äußerte der Kaiser u. A.: »Ich trete heute in das 88. Lebensjahr; wie lange ich noch zu leben habe, — Gott weiß es. Aber so lange ich lebe, werde ich meine Pflicht thun.« Und beim Empfange des Präsidiums des Reichstages nahm der Kaiser, der »Post« zufolge, Gelegenheit, sich über das geringe Maß der Befriedigung auszusprechen,

welches ihm die Reichstagsverhandlungen über das Sozialistengesetz gewährt haben. Se. Majestät erinnerte dabei sehr nachdrücklich an die Vorgänge, welche den Erlass des Gesetzes veranlaßt, und sprach sich auch warnend darüber aus, daß die gegenwärtige äußerliche Ruhe als eine vollständige Sicherheit angesehen werde. — Das Familiendiner zur Feier des Allerhöchsten Geburtstages fand im Palais des Kronprinzen um 4 Uhr statt.

Die Königliche Akademie der Künste und die Königliche Friedrich Wilhelms-Universität begingen den Geburtstag Sr. Majestät durch Festigungen. In den Gymnasien, den Realgymnasien und allen übrigen Lehranstalten wurden feierliche Akte abgehalten. Wie in früheren Jahren, so wurde auch diesmal der Kaiserliche Geburtstag in sämtlichen städtischen Wohlthätigkeits-Anstalten durch eine festliche Speisung der Hospitaliten und durch Gewährung von Geldspenden gefeiert. In zahlreichen Vereinen und geschlossenen Gesellschaften wurde der Geburtstag Sr. Majestät in herzlicher und feierlicher Weise begangen.

Die Königlichen Theater veranstalteten Festvorstellungen, welche durch Prologe und die Jubelouvertüre eingeleitet wurden. Ebenso wurden in den übrigen Theatern die Vorstellungen mit festlichen Worten eröffnet, und bis in die späteste Abendstunde waren zahlreiche Häuser in glänzender Weise erleuchtet.

Auch in allen übrigen Städten und größeren Orten des Deutschen Reichs wurde die Feier des Geburtstages des allverehrten und geliebten Kaisers in herzlichster patriotischer Weise begangen.

In vielen Kirchen fand Festgottesdienst statt. Das Militär feierte den Festtag in herkömmlicher Weise.

Der Reichskanzler Fürst von Bismarck versammelte die hier beglaubigten Botschafter, Gesandten und Geschäftsträger zu einem Festmahl, während die Staatssekretäre des Reichs und die Staatsminister die Räte ihrer Ressorts eingeladen hatten.

Die Mitglieder des Reichstages, die der beiden Häuser des Landtages, die Offizierkorps, die städtischen Behörden und zahlreiche andere Körperschaften vereinigten sich ebenfalls zu Festmahlen.

Se. Majestät hat durch nachstehenden Erlass an den Reichskanzler seinen Dank für die ihm zahlreich dargebrachten Glückwünsche ausgesprochen:

Zu Meinem Geburtstage am 22. März, mit dem Ich durch Gottes Gnade das 87. Lebensjahr vollendet habe, sind Mir wiederum wie in früheren Jahren aus allen Gauen des Reichs, selbst vom Auslande her, wo Deutsche wohnen, zahl-

reiche Glückwünsche dargebracht worden. Gemeinden und andere Körperschaften, Festversammlungen und Vereine, Anstalten und einzelne Personen haben sich angelegen sein lassen, Mir Beweise freudiger Theilnahme zu geben. In Adressen und Telegrammen, in dichterischen und musikalischen Erzeugnissen, in sinnigen Geschenken und herrlichen Blumenspenden habe Ich zu Meiner innigen Freude den Ausdruck der Gefinnungen und Gefühle erkannt, welche das Herz des Volkes für Mich erfüllen. Unter dem erhebenden Eindruck einer so weit reichenden Bewegung ist Mir, umgeben von einem Kreise erlauchter deutscher Fürsten, die Wiederkehr Meines Geburtstages zu einem besonders wohlthuenden Ereigniß geworden. Hochbeglückt durch solche berebte Zeichen lauterer Anhänglichkeit ist es Mir ein Bedürfniß, Meinen verbindlichsten Dank für alle die liebevollen Aufmerksamkeiten und Huldigungen auszusprechen, mit denen ich von nah und fern begrüßt worden bin. Aus ihnen entnehme ich zu Meiner Genugthuung aufs Neue die frohe Ueberzeugung, daß die ganze Nation in aufrichtiger Vaterlandsliebe, ohne Rücksicht auf politisches und religiöses Bekenntniß, in der Treue zu Kaiser und Reich fest und einig zusammensteht. Gehoben und gestärkt durch dieses Bewußtsein wird es wie bisher die schönste Aufgabe Meines Lebens sein, die Wohlfahrt Meines geliebten deutschen Volkes in friedlicher Arbeit fort und fort zu festigen und zu fördern. Möge Gott mir Weisheit und Kraft dazu verleihen, möge Mein ernstes Streben in dieser Fürsorge Meinem theuren Vaterlande zum Heil und Segen gereichen!

Ich beauftrage Sie, diesen Erlass zur öffentlichen Kenntniß zu bringen.

Berlin, den 25. März 1884.

Wilhelm.

Der Kaiser hat sich die verflossene Woche namentlich den zur Feier seines Geburtstages eingetroffenen Fürstlichen Gästen gewidmet, unter denen sich der König von Sachsen, die Großherzoglichen Paare von Baden und Weimar, der Großherzog von Oldenburg, die Herzöge von Meiningen und Anhalt, die Fürsten von Schwarzburg-Sondershausen, Schwarzburg-Rudolstadt, Reuß j. L., Lippe-Deimold, Waldeck u. A. befanden.

Am Freitag (21.) ertheilten beide Majestäten und später der Kronprinz und die Kronprinzessin dem neu ernannten russischen Botschafter, Fürsten Orloff, die Antritts-Audienz.

Am Sonntag (23.) nahm der Kaiser den Vortrag des Reichskanzlers entgegen.